

Polen steht kurz vor den Neuwahlen. Diese hätten nach dem Wunsch von Ministerpräsident Belka zwar bereits stattfinden sollen, als die Arbeiterpartei UP im März 2004 aus der regierenden Mitte-Links-Koalition austrat und damit ihr Stimmgewicht erheblich minderte. Zeitgleich verlor die Regierungspartei SLD (Demokratisches Linksbündnis) eklatant an Unterstützung in der Bevölkerung. 2001 mit 41% der Stimmen gewählt, kam sie Ende 2004 bei den Meinungsumfragen auf nur noch 6%.

Belkas Vorschlag fand jedoch im Sejm, dem polnischen Parlament, nicht die notwendige Mehrheit, so dass Neuwahlen zum Parlament nun regulär am 25. September, eine Woche nach den Wahlen in Deutschland, stattfinden. Zwei Wochen später gehen am 9. Oktober die Präsidentschaftswahlen in die erste Runde, die zweite Runde folgt am 23. Oktober.

Partei	Ergebnisse der Wahlen 2001 (in%)
SLD-UP (Demokratisches Linksbündnis-Arbeitspartei)	41,04
PO (Bürgerplattform)	12,68
Samoobrona (Selbstverteidigung)	10,20
PiS (Recht und Gerechtigkeit)	9,50
PSL (Bauernpartei)	8,98
LPR (Liga Polnischer Familien)	7,87
AWSP (Wahlbündnis Solidarnosc)	5,60
UW (Freiheitsunion)	3,10

Der Verzicht auf vorgezogene Neuwahlen hat der noch regierenden SLD in der Wählergunst sowie dem öffentlichen Ansehen der Politik nicht gut getan. Die gescheiterte Selbstaflösung des Sejm schien die weit verbreitete Einschätzung, Regierung und Parlament als Institutionen zur persönlichen Bereicherung anzusehen, zu

Johanna Maiwald & Peter Hengstenberg \*

## **Polen vor den Wahlen: ein neues Parlament, ein neuer Präsident?**

bestätigen: Abgeordnete, die um ihre Wiederwahl fürchten müssen, wollten ihre Diäten länger sichern. Die Skepsis der Wähler gegenüber der Politik ist Meinungsumfragen zufolge letztes Jahr noch gewachsen, so dass bei den Parlamentswahlen keine ausgeprägte Beteiligung zu erwarten ist: Diese lag 2001 bei nur 46,29%, 1997 bei 47,93% und 1993 bei 52,08%. Erheblich höher war die Wahlquote bei den Präsidentschaftswahlen: Im Jahr 2000 lag sie bei 61,12%, 1995 bei 64,70% im ersten und 68,23% im zweiten Wahlgang.

### **Parteien**

Bei den kommenden Wahlen treten an: Die SLD mit dem neuen jungen Vorsitzenden Wojciech Olejniczak als Partei der linken Mitte. Zu diesem Spektrum zählt auch die gemeinsame Wahlliste von SdPL-UP-Grüne. Die SdPL (Polnische Sozialdemokratie) mit Marek Borowski als Parteivorsitzender hat sich im März 2004 aus der SLD abgespalten. Erst vor wenigen Monaten entstand die sozial-liberale Demokratische Partei (PD), welche Persönlichkeiten wie Tadeusz Mazowiecki, Jerzy Hausner, den Ex-Minister für Wirtschaft und Soziales, sowie Wojciech Frasyniuk als Vorsitzenden vereint. Auch Premierminister Belka wird bei der PD kandidieren. Für die Bauernpartei (PSL) kandidieren Waldemar Pawlak und Jaroslaw Kalinowski, deren direkte Konkurrenz auf dem Land Samoobrona (Selbstverteidigung) um den Populisten Andrzej Lepper bildet. Dem konservativen Lager zuzurechnen sind die liberale PO (Bürgerplattform) mit Donald Tusk und dem Fraktionsvorsitzenden Jan Rokita sowie die rechtskonservativ-soziale PiS (Recht und Gerechtigkeit), die die Brüder Lech und Jaroslaw Kaczynski ins Rennen schickt. Am rechten Rand schließlich agiert die national-katholische LPR (Liga Polnischer Familien) um Roman und Maciej Giertych.

## Wahlkampf und Programmschwerpunkte

Die zeitliche Nähe zur Präsidentschaftswahl hat den auffälligen Trend zu einer an Personen und noch wenig an Programmen ausgerichteten öffentlichen Debatte über die Parteien verstärkt. Thematisch ist der Wahlkampf an zwei Schwerpunkten ausgerichtet: Die *sozial-ökonomische Programmatik* wird von der Frage nach der Höhe und Gestaltung von Steuern, deren Senkungen fast alle Parteien für notwendig erachten, beherrscht sowie nach Erleichterungen des Markteintritts für heimische kleine und mittlere Unternehmen. Viel Raum nehmen daneben Vorschläge zur Bekämpfung von Korruption unter staatlichen Bediensteten ein.

Im Bereich der *Außenpolitik* steht das angespannte Verhältnis zu Russland im Zentrum. Gerade in Abgrenzung zur bisherigen Haltung Deutschlands wird eine kritische Begleitung russischer Politik beteuert. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik schlagen PO und PD eine lineare Steuer auf private Einkommen und Unternehmensgewinne von 15% bzw. 18% vor. Bei einheitlich 15% soll nach dem Willen der Bürgerplattform auch die Mehrwertsteuer liegen, die momentan 22% bzw. 7% beträgt. Die Verringerung des Staatsdefizits durch Ausgabensenkung sowie eine weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stehen ganz oben auf der Agenda der PO. Für eine stärker durch staatliche Rahmenentwürfe gesteuerte Privatisierung setzt sich die PD ein. Eine starke Rolle des Staates in der sozialen Versorgung fordert wiederum die PiS. Ähnlich wie die noch regierende SLD in ihrem neuen Programm will PiS zusätzliche Beihilfen für Arme, Rentner und Schulabgänger einrichten. Mit Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen möchte PiS die Arbeitslosigkeit bekämpfen, während SLD, PD und SdPL auf öffentliche Investitionen im Bau und in der Infrastruktur setzen. Fast alle Parteien äußern sich zudem zur Notwendigkeit zukünftiger Kontrolle der Privatisierung staatseigener Betriebe. Um heimischen Unternehmen größere Marktchancen einzuräumen, will die SdPL Gründerprogramme einrichten. PiS greift auch die Autonomie der Zentralbank an, und will durch eine weniger rigide Geldpolitik die Situation auf dem Kreditmarkt begünstigen.

In der Frage der Korruptionsbekämpfung teilt sich die Parteienlandschaft in zwei Lager: Während PiS, LPR, PSL und Samoobrona eine systematische Überprüfung privater Vermögen von Politikern unterstützen und PiS die Idee einer Antikorruptionsbehörde lanciert, halten sowohl die bürgerliche PO als auch die Mitte-Links Parteien einen verstärkten Druck auf die Trennung von Rechtsprechung und Politik für ausreichend.

Der PO-Mann Rokita hat allerdings mit dem Credo einer „moralischen Erneuerung der Gesellschaft“ die öffentliche Debatte von einer pragmatischen auf eine konfliktreiche weltanschauliche Ebene gelenkt.

## Wichtige politische Handlungsfelder

Die anhaltenden Untersuchungen zu Korruptionsfällen an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft (Rywin-Affäre, Mineralölgesellschaft PKN Orlen) zeigen eines der großen gesellschaftlichen Probleme in Polen auf.

Andere Probleme sind vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, wenngleich es hier eine zaghafte positive Entwicklung gibt: So lag sie im Juli 2005 bei 17,9% (gegenüber 19,3% im Vorjahr). Aussichten auf eine deutliche Besserung wurden durch Zahlen für das zweite Quartal gedämpft: Zwar hat die Investitionsnachfrage mit 3,8% gegenüber 1% im ersten Quartal wieder angezogen, sie müsste aber mindestens doppelt so hoch sein, um zu einer ernsthaften Belebung der Wirtschaft zu führen. Zudem hat sich die Binnennachfrage im Quartals- wie Jahresvergleich negativ mit -0,3% entwickelt. Das moderate Wachstum von 2,4% des BIP im ersten Halbjahr ist somit einseitig auf den Export zurückzuführen. Die Wachstumsprognose für 2005 wurde offiziell von 5% auf 3,3 - 3,5% korrigiert, wobei noch mit 4% Wachstum im zweiten Halbjahr gerechnet wird. Angesichts des hohen Haushaltsdefizits, das 2004 auf 5,3% des BIP angestiegen war und mit dem Schuldendienst die schwierige Situation öffentlicher Kassen belastet, ist dies auch dringend nötig. Großer politischer Nachholbedarf herrscht bei dem verschuldeten und ineffektiven Gesundheitssystem sowie bei den Renten. Hier werden die Sätze gekürzt, während Polen zugleich das früheste tatsächliche Renteneintrittsalter im EU-Vergleich hat.

Im Bereich der EU-Außenpolitik konzentriert sich Polen auf Osteuropa. Nach der Aktivierung der EU zu Gunsten der demokratischen Bewegung in der Ukraine, könnte Polen nun eine exponierte Rolle im Verhältnis Europas zu Weißrussland spielen. Die Bindung an die Politik der USA wird dabei in Zukunft verhaltener ausfallen: Nicht nur die verheerenden Folgen des Irakkrieges, sondern auch die unnachgiebige Haltung Amerikas in der polnischen Visafrage haben die Unterstützung etwas abkühlen lassen. Das politisch und wirtschaftlich intensive Verhältnis zu Deutschland wird sensibel durch das Prisma der Russlandpolitik betrachtet. Aufgrund historischer Erfahrungen und der unmittelbaren Nachbarschaft Polens zu Russland wird von Deutschland eine stärkere Absprache mit Polen erwartet. Sehr wichtig für das deutsch-polnische Verhältnis

war die Zurückweisung der Treuhand-Forderungen durch Angela Merkel. Die Pläne für das Zentrum gegen Vertreibung bergen jedoch nach wie vor ein hohes Konfliktpotential.

### Meinungsumfragen zu den Parlamentswahlen

Folgt man dem langfristigen Trend in den Umfragen, so wird es nach der Parlamentswahl 2005 einen *politischen Umbruch hin zu einer Mitte-Rechts-Koalition* geben. PO und PiS, die bislang klaren Favoriten, könnten nach neuesten Erhebungen zusammen sogar die Mehrheit stellen und wollen damit das derzeit regierende Demokratische Linksbündnis ablösen. Beide Parteien würden eine Koalition eingehen. Anfang September sprang die PO auf einen Wert von 38%. Die PiS erreichte 23%. Die SLD als großer Wahlverlierer notiert seit Wochen immerhin bei stabilen 10%, nachdem sie Anfang Juni nur knapp über der 5-Prozent-Hürde lag. SdPL-UP-Grüne und die PD haben sich in den Umfragen stetig verschlechtert: Im Mai noch bei 5%, liegen die Werte für SdPL-UP-Grüne jetzt bei 3 bis 4%, für die PD bei maximal 3%. Um den Einzug ins Parlament muss auch die Bauernpartei fürchten, die bis März 2003 noch Teil der Regierungskoalition war. Sicher ins Parlament gelangen werden hingegen die LPR, die in den letzten drei Monaten um 10% schwankte und nun bei 8% liegt, sowie Samoobrona, die von 15% Anfang Juni auf nun 8% gefallen ist.

Sollten PO und PiS am Ende einen weiteren Koalitionspartner brauchen, wird dies wahrscheinlich die EU-skeptische LPR werden, da beide Parteien bereits erklärt haben, nicht mit Samoobrona koalieren zu wollen. Falls die Bauernpartei über die 5-Prozent-Hürde kommt, wird sie für die Bürgerplattform allerdings die passendere Wahl sein.

Einer neuesten Umfrage für die Zeitschrift „Polityka“ zufolge gaben 40% der Befragten an, noch keine Wahlpräferenz zu haben. Der Wahltag lässt also, wie schon oft in der Vergangenheit, Überraschungen erwarten. Da die Parteien bislang erst wenig Angebote zu programmatischen Debatten gemacht haben, gibt es ein noch großes Feld für Verschiebungen.

Der Wahlkampf ist begleitet von einer pessimistischen Sicht der Polen auf das vergangene Jahr sowie wenig größerem Optimismus für die Zukunft: Meinungsumfragen verschiedener Institute zufolge gab ein Drittel bis über die Hälfte aller Polen im Juli an, dass das letzte Jahr eine Verschlechterung der ökonomischen Situation gebracht habe. Eine Verbesserung sahen nur 7% bis 22%. Für das kommende Jahr erwartet die Mehrheit keine Veränderung ihrer Lebenssitua-

tion. Politisch bedenkenswert ist die anhaltende Teilung der Bevölkerung in einen wachsenden Teil von derzeit 20% Optimisten, die vor allem aus Gutverdienenden, Akademikern und Bauern (die vom EU-Beitritt profitiert haben) bestehen und ein Viertel mehrheitlich Geringqualifizierter und niedrig verdienender Menschen, die zunehmend pessimistisch sind.

### Voraussichtliche Ergebnisse der Parlamentswahlen

Nach den aktuellen Umfragen vom 23.8.2005 würden die Parteien folgende Wahlergebnisse im Sejm erlangen<sup>1</sup>:

Partei	Voraussichtliche Wahlergebnisse 2005 (in %)
PO (Bürgerplattform)	38
PiS (Recht und Gerechtigkeit)	23
Samoobrona (Selbstverteidigung)	11
SLD (Demokratisches Linksbündnis)	8
LPR (Liga Polnischer Familien)	8
PSL (Bauernpartei)	5
SdPL-UP-Grüne	3
PD (Demokratische Partei)	2

Die Zersplitterung der Linken, die vielen Korruptionsaffären, wie auch die nur geringfügig gesunkene Arbeitslosigkeit nähren das Verlangen der Wähler nach deutlicher Veränderung. Diese wird sich zunächst im Austausch der Parteien in Regierungsverantwortung niederschlagen. Die Konsolidierung im linken Spektrum, wo das letzte Regierungsjahr Auflösungsprozesse und Neugründungen gebracht hat, ist dabei noch nicht abgeschlossen. Umfragetrends zufolge ist Polens Mitte-Links-Spektrum derzeit verwaist. Dabei wird die SdPL, die am ehesten eine politische Breite bedient, zu wenig als eigenständige Partei neben der SLD wahrgenommen und ist von deren schlechten Notierungen betroffen. Für das Linksbündnis und die PD könnte

<sup>1</sup> Vgl. *Rzeczpospolita* und *Gazeta Wyborcza*, 6.9.2005.

aber noch die genannte Wählerreserve von Bedeutung werden. Abzuwarten bleibt, ob die Oppositionsrolle die SLD zu einer stärkeren Profilierung als sozialdemokratische Partei führen wird.

### **Präsidentenwahlen**

Bei den Präsidentenwahlen werden drei Kandidaten Chancen eingeräumt, in die zweite Wahlrunde zu gelangen: Włodzimierz Cimoszewicz - SLD, Donald Tusk - PO und Lech Kaczyński - PiS. Überraschend ist, dass Cimoszewicz gute Werte sich unabhängig von den Notierungen seiner Partei gestalten. Allerdings ist sein politisches Ansehen in den letzten Wochen gesunken, nachdem er mit Verdacht auf Steuerbetrug in das Blickfeld der Untersuchungskommission zur Mineralölgesellschaft PKN Orlen geraten ist. Daraufhin fiel die für Cimoszewicz ausgesprochene Unterstützung von 21% auf 18% Ende August. Am meisten profitiert davon Donald Tusk, der seit einem Monat im Aufwärtstrend liegt und Anfang September auf einen Wert von 41% stieg. Kaczyński, vor kurzem noch klarer Favorit, liegt mit 23% derzeit auf Platz zwei. Sollte Cimoszewicz in die zweite Wahlrunde kommen, werden ihm bislang jedoch kaum Gewinnchancen eingeräumt. Cimoszewicz steht für die Kontinuität der EU-zugewandten und außenpolitisch moderaten Politik von Präsident Kwasniewski. Tusk und Kaczyński punkten hingegen mit Ankündigungen eines härteren Auftretts gegenüber Weißrussland aber auch Russland. Tusk übt sich dabei im demonstrativen Schulterchluss mit Angela Merkel in Fragen des Verhältnisses zu den USA und zu Russland. Den Ruf als durchsetzungsfähiger Aufräumer hat sich schließlich Kaczyński als Bürgermeister der Hauptstadt mit Überwachungs- und Sicherheitskampagnen gemacht.

Es ist nicht vorauszusagen, welchen Einfluss das Ergebnis der Parlamentswahlen auf die Präferenz für den Kandidaten zur Präsidentenwahl hat.